Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 62 (1982)

Heft: 7-8

Artikel: Wie aggressiv ist Amerika? : Zur Entwicklung der aussenpolitischen und strategischen Zielsetzungen der USA

Autor: Spillmann, Kurt R.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163934

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kurt R. Spillmann

Wie aggressiv ist Amerika?

Zur Entwicklung der aussenpolitischen und strategischen Zielsetzungen der USA

Die Aussenpolitik der USA ist kriegerisch, die amerikanische Militärstrategie ist eine klare Strategie der Aggression; Zielsetzung der amerikanischen Aussenpolitik und Strategie ist es, die militärische Macht der USA als Mittel einzusetzen, um weltweit die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus zu verwirklichen. So heisst es in der kürzlich (Februar 1982) vom sowjetrussischen Verteidigungsministerium herausgegebenen Broschüre, betitelt «Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?» [1].

Auch verschiedene Gruppen der internationalen Friedensbewegung teilen diese Auffassung, dass der Weltfriede vor allem durch die USA bedroht sei. Die scharfe Tonart von Präsident Reagan, Aussenminister Haig und Verteidigungsminister Weinberger im Zusammenhang mit den strategischen Atomwaffen, dem NATO-Doppelbeschluss, Polen oder El Salvador hat viele erschreckt.

Zu dieser Verschärfung der Tonart haben die Demütigung der USA in der iranischen Geiselaffäre und die Machtlosigkeit der USA gegenüber dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan nicht wenig beigetragen. Sie erzeugten bei den amerikanischen Wahlen des Jahres 1980 einen aussenpolitischen Druck, der jene Tendenzen begünstigte, die Amerika «wieder stark» machen wollten. Aber: ist das genug, um Amerika eine «aggressive Strategie» zu unterstellen?

Da militärische Machtmittel – nicht erst seit Clausewitz – immer einem *politischen Ziel* untergeordnet sein und bleiben sollten, ist die Frage wichtig, welchen politischen und strategischen Leitlinien und Zielvorstellungen denn Amerika eigentlich folge. Ein Blick auf die Entwicklung seit 1945 zeigt ein überraschendes Bild: trotz NATO-Gründung, Korea- und Vietnamkrieg, trotz Kuba und Chile folgten die USA unter dem Leitmotiv «Eindämmung» (containment) seit dem Zweiten Weltkrieg im wesentlichen einer *defensiven* Strategie.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die USA nach Kriegsende ihre

damals beträchtliche militärische Überlegenheit für offensive Ziele einsetzen wollten.

Tatsache ist, dass die USA nach dem 2. Weltkrieg nichts Eiligeres zu tun hatten als abzurüsten, ihre Truppen überall zurückzunehmen, zu reduzieren und möglichst schnell wieder ins Zivilleben zu entlassen: 1945 wurden 75 % der 12 Mio amerikanischen Soldaten entlassen, 1946 nochmals 12 %, so dass 1947 für die Besatzungsaufgaben in Deutschland und Japan und als Reserve nur noch 1,5 Mio Mann zur Verfügung standen.[2] Der Krieg war beendet, die Schwerter sollten wieder zu Pflugscharen umgeschmiedet werden.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sich die USA nach ihrem entscheidenden Eingreifen zugunsten der Alliierten (1917) sofort nach Kriegsende wieder auf den eigenen Kontinent zurückgezogen; sowohl Senat wie Bevölkerung hatten Präsident Wilsons hochfliegende Pläne für ein System der kollektiven Friedenssicherung abgelehnt. «Back to normalcy», «Zurück zur Normalität», lautete die Parole 1920. Und «Normalität», das hiess nicht nur im wirtschaftlichen Sinne Rückkehr zum nostalgisch verklärten Vorkriegs- bzw. Friedenszustand, das hiess auch Rückkehr zur aussenpolitischen Normalität, die seit den Anfängen der Republik auf dem eisernen Grundsatz des «non-entanglement», der Nichtverstrickung in die Händel anderer beruht hatte.

Amerika hielt sich seit jeher für anders als Europa. Europa war notorisch zerstritten, schloss Allianzen, führte Kriege. Spannungen kennzeichneten den europäischen Normalzustand. Die Amerikaner dagegen huldigten einer eigentlichen *Friedensideologie:* sie hielten den Frieden für den Normalzustand und die Harmonie unter den Menschen für das erreichbare Resultat vernünftig geregelter zwischenmenschlicher Beziehungen.[3]

Krieg erschien wie eine Krankheit, verursacht durch bösartige Ansteckung. Dann rief man die Militärs zu Hilfe, wie die Ärzte, und unter Aufbietung aller Mittel musste die Krankheit besiegt, der Krankheitserreger vernichtet, der Normalzustand wiederhergestellt werden.[4]

Krieg als Kreuzzug

Die Abneigung gegen die europäische Einbeziehung des Krieges in die Normalität des zwischenstaatlichen Verkehrs äusserte sich in der Abneigung gegen die Theorien von Clausewitz. Dass Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachtet werden könne, widerstrebte amerikanischem Denken zutiefst und warf einen tief diskreditierenden Schatten auf die Diplomatie. Diplomatie war entweder als Vorstufe des Krieges unmoralisch, oder aber – wenn sie zu vermitteln versuchte – als Verwäs-

serung und Verrat an den eigenen Prinzipien verwerflich.[5] Krieg war ein notwendiges Übel, man führte ihn für eine gerechte Sache, und *nur* für eine gerechte Sache. Nur als Kreuzzug hatte er Berechtigung. Während des Kreuzzuges aber hatte jede Diplomatie und Politik als kompromissverdächtig zu schweigen bis zum Sieg: «Im Krieg gibt es keinen Ersatz für den Sieg», sagte General MacArthur noch im Koreakrieg. Das Böse musste bedingungslos vernichtet werden, damit der Normalzustand «Friede» wiederhergestellt werden konnte.

Als Präsident Truman General MacArthur 1951 absetzte, statt ihm den Einsatz der Atombombe zur Verfolgung und Vernichtung der kommunistischen Invasoren zu gestatten, drohten Senatoren dem Präsidenten ein Impeachment (Strafverfahren) an; dem abgesetzten MacArthur wurde dagegen der triumphalste Empfang der amerikanischen Geschichte zuteil: 2000 Tonnen Konfetti, mit denen die New Yorker den heimkehrenden General überschütteten, bestätigten die ungebrochene Popularität althergebrachter Kreuzzugskategorien.[6]

Die simplistischen Kategorien von «gut» und «böse», die anti-Clausewitzsche klare Trennung von Frieden und Krieg, und die Geringschätzung der Politik waren unverkennbare Zeichen von Provinzialität bzw. Zeichen einer spezifisch amerikanischen Eigenart, die sich bis heute auswirkt. Solange Amerika auf seinem eigenen Kontinent durch die britische Seeherrschaft von den europäischen Machtkämpfen abgeschirmt blieb, also bis zum Ersten Weltkrieg, konnte es sich diese Provinzialität leisten. Doch mit dem wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg der USA und dem gleichzeitigen Niedergang der europäischen Mächte durch die zwei Weltkriege entstand ein Dilemma: Amerika wurde zur «Weltmacht wider Willen», zur Weltmacht nämlich, die keine Macht ausüben wollte und sich nach der Ruhe und den klaren moralischen Begriffen ihrer provinziellen Vergangenheit zurücksehnte.[7]

Darum wollte Amerika nach 1945 verschiedenen Realitäten nicht ins Auge blicken: dass mit der Kapitulation Deutschlands nur der Krieg zu Ende, nicht aber der Friede wiederhergestellt war; dass nach dem Verschwinden Deutschlands und wegen der unübersehbaren Schwächezeichen Englands und Frankreichs ein europäisches Machtvakuum entstanden war, dessen Auffüllung sowohl die Sowjetunion wie auch die USA – andere wirkliche Grossmächte gab es nicht mehr – im stärksten Masse interessieren musste; dass schliesslich ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Verständnis von Mensch und Gesellschaft seit langem bestand, der durch die Kriegsallianz – zu Recht «strange alliance» genannt – nur unter äusserem Zwang, für einen begrenzten Zweck und für eine begrenzte Zeit überdeckt worden war.

Amerika hatte 1945 kein langfristiges aussenpolitisches Ziel ausser dem einen: die UNO entstehen und funktionieren zu sehen, Frieden zu haben und sich endlich wieder – nach der Parole «Krieg schadet, Wirtschaft nützt» – dem wichtigeren wirtschaftlichen Tun zuwenden zu können. Sofort wurden auch die Verteidigungsausgaben drastisch gesenkt: von 81,6 Milliarden $ im Jahre 1945 auf 44,7 Mia $ im Jahre 1946 bzw. 13,1 Mia $ im Jahre 1947.[8]

Gescheiterter Universalismus

Die eigene wirtschaftliche Stärke, die UNO und das Atommonopol, das waren die Ankerketten, an denen die Hoffnungen auf dauerhaften Frieden und Sicherheit festgemacht waren. Die UNO sollte – wie einst der Völkerbund – den Rückfall der Nachkriegswelt in die blosse Machtpolititik mit ihren Kriegen verhindern. Der Einsatz Roosevelts für die UNO galt einer *grundsätzlichen* qualitativen Veränderung der zwischenstaatlichen Beziehungen: sie sollten den amerikanischen Harmonievorstellungen angenähert werden und durch eine sorgfältig überlegte und ausgehandelte Rechtsstruktur den Frieden und die Sicherheit universal, d. h. auf der ganzen Welt, gewährleisten.

Doch dann kam die *epochale Ernüchterung:* Die Sowjetunion schwenkte trotz eifriger Umwerbung – allerdings auch Brüskierung, z. B. im plötzlichen Beenden der lend-lease Lieferungen noch im Mai 1945 – nicht auf das amerikanische System der kollektiven Sicherheit ein! Die Sowjetunion führte die alte russische Macht- und Expansionspolitik weiter, behauptete ihren Vorteil in Polen wie auch – trotz «Deklaration über das befreite Europa» – in Rumänien und Bulgarien und später noch in Jugoslawien, Albanien, Ungarn und der Tschechoslowakei. Sie beharrte auf ihren Demontage-Rechten in Deutschland und schien nicht Hand bieten zu wollen für eine auch für die Westmächte befriedigende Lösung der Deutschlandfrage. Gegenseitige Missverständnisse, bürokratische Pannen und die Unfähigkeit, die Probleme der Gegenseite realistisch zu gewichten, führten schliesslich zu einer völligen Entfremdung und in der Folge zur ernüchternden Erkenntnis, dass die universalistische Aussenpolitik nicht durchführbar, die Delegation der Machtfragen an die UNO unmöglich sei.

Obschon Amerika sich selbst als unideologisch und pragmatisch sah, begegnete diese Neuorientierung hin zum politischen Pragmatismus heftigen Widerständen, gerade weil sie der tief eingewurzelten ideologischen Tradition widersprach. Die Nötigung zum Pragmatismus, die erzwungene Relativierung des Friedensideals lösten starke Aversion aus gegen diejenigen, die diese Wendung erzwungen zu haben schienen: die Sowjets.

Hatte man zur Zeit der «strange alliance» die fundamentalen Unterschiede aus dem Bewusstsein verdrängt, so identifizierte man jetzt Stalin förmlich mit dem Antichrist[9], und die Konfrontation schien – sogar in den Worten des besonnenen Aussenministers Dean Acheson – die Qualität der endzeitlichen Begegnung von Harmagedon anzunehmen.[10]

Wenn Friede und Sicherheit nicht durch eine qualitative Verbesserung des Staatensystems global herzustellen waren, dann musste Amerika wenigstens in seinem eigenen Einflussbereich Frieden und Sicherheit schützen. Und wenn die Sowjetunion traditionelle Machtpolitik treiben wollte, dann musste sie eben von jetzt an mit dem entschiedenen Widerstand der USA rechnen. So wurde die «Containment»-Politik, die *«Politik der Eindämmung»* geboren und der Kalte Krieg begann.

Die «Containment»-Strategie, wie George F. *Kennan,* der erste ausgebildete Sowjetspezialist im amerikanischen diplomatischen Dienst, sie im sog. «Langen Telegramm» (22. 2. 1946) erstmals formulierte und im Sommer 1947 im berühmten «Mr. X»-Artikel in «Foreign Affairs» wiederholte, lief auf folgende Kernpunkte hinaus:

- die «universalistische» Neuordnung der Welt hatte versagt und war unzweckmässig zum Schutz der amerikanischen Interessen («There are, in short, two worlds instead of one», fasste Charles E. Bohlen knapp zusammen); deshalb: nach dem Ausfall von Deutschland und Japan musste in Europa und Asien ein neues Mächtegleichgewicht hergestellt werden;
- um die weitere russische Expansion zu verhindern, hätten die USA eine Politik der «langfristigen, geduldigen, aber festen und wachsamen Eindämmung der expansiven Tendenzen der Russen» zu betreiben.[11]

«Containment»

Kennan leitete mit seinem «Containment»-Konzept eine fundamentale Neuorientierung der amerikanischen Aussenpolitik ein. «Eindämmung» bedeutete eine Abkehr von den «universalistischen» Völkerbunds- und UNO-Hoffnungen von Wilson und Roosevelt. Sie bedeutete eine Hinwendung zur Realität der existierenden – «partikularistischen» – Staatenwelt mit ihren Machtschwerpunkten, Mächterivalitäten und ihrem Mächtegleichgewicht. In dieser unidealen Welt würde Amerika seine Sicherheit erhalten müssen durch Bewahrung des Mächtegleichgewichtes, wie es jetzt bestand. Das bedeutete in letzter Konsequenz: systematischer Widerstand gegen jede weitere russische Expansion.

Das war kein aggressives Konzept. Es bedeutete viel eher gerade die *Preisgabe* jenes angriffigen Idealismus, der durch Völkerbund und UNO

das ganze Staatensystem nach amerikanischen Idealen hatte formen und transzendieren wollen.

Von diesem «Substanzverlust», dieser erzwungenen Konzession an die Realität der Macht, hat sich die amerikanische Aussenpolitik nie erholt. Sie blieb «Weltmacht wider Willen», weil sie ihrer Rolle als Grossmacht einerseits nicht entfliehen konnte, anderseits diese Macht nicht benutzen wollte, um ihre traditionellen Werte weltweit durchzusetzen. Der Zwiespalt zwischen nationalstaatlich-machtpolitischen Bedürfnissen und idealistisch-moralischen Zielsetzungen kennzeichnet die amerikanische Aussenpolitik seit 1946, durch alle Administrationen hindurch, bis heute.

Während die sowjetische Gegenseite das Universalkonzept des ubiquitären Klassenkampfes verfolgt und ihre Aussenpolitik in Wort und Tat auf den globalen Sieg ihres Systems ausrichten kann, haben die USA mit der Eindämmungs-Konzeption auf ihr eigenes Universalkonzept verzichtet und sind stattdessen zu einer *defensiven* Strategie übergegangen.

In dieser Perspektive ist die Rückberufung von General MacArthur 1951 aus Korea mindestens so signifikant wie Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Berliner Luftbrücke, NATO-Gründung oder der Entschluss zum Eingreifen in Korea: der einzige Ansatz zu *offensivem* Vorgehen in einer ganzen Palette von *defensiven* Massnahmen wurde unterbunden.

1950 wurde die Eindämmungs-Konzeption, wie Kennan sie entwickelt hatte, in einem Grundlagen-Dokument des Nationalen Sicherheitsrates (NSC-68) erweitert. [12]

Neue Globalisierung

Kennans Einsicht, dass die traditionelle Expansions- und Machtpolitik des russischen Reiches – und nicht der Kommunismus als Ideologie – der eigentliche Antagonist der USA sei, wurde ins Ideologische umgebogen: jetzt wurde der internationale Kommunismus zum Gegner erklärt. Damit trat an die Stelle von Kennans ausgewählten «strongpoints» zur Eindämmung der sowjetischen Expansion eine globale Grenze, wo überall kommunistischer Expansion entgegengewirkt werden musste: eine unrealistisch aufgeblähte Zielsetzung, die Amerikas Aussenpolitik die Initiative nahm und sie auf Überwachung und Reaktion festlegte. Konzeptionelle Reflexion trat in den Hintergrund. «Handeln war wichtiger als Nachdenken», gab Aussenminister Acheson später zu. [13]

Jede neue Administration verspricht, auch eine neue Politik zu treiben. Das versprach auch Präsident Eisenhower, der 1953 ins Weisse Haus einzog und den kämpferischen John Foster Dulles zum Aussenminister machte. Trotz dem oberflächlichen Bedürfnis, etwas Neues anzubieten, war Eisen-

hower aber mit der Hauptlinie der Aussenpolitik Trumans durchaus einverstanden, ja, er hatte sich nicht zuletzt darum als republikanischer Kandidat aufstellen lassen, um diese Kontinuität zu gewährleisten, die durch den isolationistischen Kurs des mächtigen Senators Robert H. Taft gefährdet war.

Taft wollte Amerikas aussenpolitischen Kurs radikal verändern: wie in früheren Zeiten sollte sich Amerika auf seine häuslichen Interessen beschränken. Die «Festung Amerika» sollte nur die eigene Unangreifbarkeit behaupten, sonst aber – wie zu Zeiten Washingtons und Monroes – den Händeln anderer fernbleiben. Dieser in Eisenhowers Augen illusionäre und lebensgefährliche Isolationismus konnte nur durch eine neue, zündendere Begründung der bisherigen Aussenpolitik überwunden werden. So griff Dulles wieder auf den von Kennan relativierten Internationalismus zurück und kombinierte die Politik der Eindämmung mit einem neuen ideologischen Kreuzzug. Auf Eisenhowers Verlangen fand im Sommer 1953 eine ausführliche Evaluation aller aussenpolitischen Optionen unter dem Namen «Operation Solarium» statt: drei unabhängige Studiengruppen hatten Argumente auszuarbeiten für

1. die Fortsetzung der «Eindämmungsstrategie» (containment);
2. eine Strategie der Abschreckung (deterrence);
3. eine Strategie der aktiven Befreiung bereits kommunistischer Gebiete (liberation, «roll-back»).

Eindämmung plus

Das Resultat dieser Planungsarbeiten war das geheime Dokument NSC 162/2, das die Grundsätze der «New Look»-Strategie verbindlich formulierte und sich nicht für eine der drei Richtungen, sondern für eine Kombination von Eindämmung, Abschreckung und Befreiung entschloss. [14]

Die Eindämmungskomponente – von Eisenhower in die «Domino-Theorie» gekleidet – legte das Hauptgewicht auf den Einsatz von konventionellen Truppen, Geheimdienstaktionen, Allianzen und Gipfel-Diplomatie. Sie führte u. a. zur rastlosen Reisediplomatie von Dulles im Dienste eines weltumspannenden Bündnisnetzes. Seine manichäische Gut-Böse-Kategorisierung spielte ihm allerdings manchen Streich, vor allem in den Beziehungen zu Ägypten (wo Nasser die von Dulles verweigerte Hilfe in Moskau holte), anlässlich der ersten Konferenz der «Blockfreien» von Bandung (1955) oder gegenüber den Problemen der Dritten Welt.

Die zweite Komponente des «New Look», die nukleare Abschreckung, wurde erstmals systematisch durchdacht. Das Resultat war die Strategie

der «Massiven Vergeltung» (massive retaliation). Die Drohung mit Atombomben versprach relativ geringe Kosten, grosse Wirkung und damit auch bedeutende Einsparungen bei den konventionellen Streitkräften. So wurde ab 1953 die Produktion von nuklearen Sprengköpfen und Trägersystemen intensiviert, es wurden die ersten Einlagerungen in Europa vorgenommen und der Einsatz von nuklearen Waffen in Zielkatalogen festgelegt. Aber Eisenhower war – auch in diesem Bereich – ein Anhänger des «Sufficiency»-Prinzips. Er hatte nicht viel übrig für das Liebäugeln der Generäle mit glamourösen Spielzeugen. Es sollten nur die, und nur so viele Waffensysteme hergestellt werden, wie für die beabsichtigte Abschreckungs-Wirkung nötig wären. Nicht *überlegene* Mittel, sondern *genügende* Mittel seien das Ziel.

Auch als der Sputnik-Schock 1957 die unerwartete Überlegenheit der Sowjetunion in interkontinentalen Trägersystemen zeigte, liess sich Eisenhower nicht in Panik versetzen und beharrte auf seiner Überzeugung, dass Amerika über genügend Abschreckungsmittel verfüge und kein Rüstungswettlauf nötig sei. An diesem Punkt konnte dann die Wahlkampfrhetorik des Jahres 1960 einsetzen und Eisenhower vorwerfen, er habe eine «Raketen-Lücke» (missile gap) entstehen lassen, und die USA befänden sich gegenüber der Sowjetunion in Rückstand. (Die CIA-Berichte aufgrund der U-2-Flüge bewiesen allerdings klar, dass keine solche «Raketen-Lücke» bestand.)

«Roll-back» minus

Die dritte Komponente des «New Look» betraf die Befreiung schon kommunistisch gewordener Völker und ein «Zurückrollen» (roll-back) der sowjetischen Expansion. Sie enthielt so etwas wie ein offensives Moment. Aber wie fahrlässig die Rhetorik des Kreuzritters Dulles in dieser Hinsicht war, erwies sich schon 1953, als der Aufstand der Ost-Berliner nur rhetorisch unterstützt werden konnte. Das massgebliche Geheimdokument NSC 162/2, das von Eisenhower am 30. Oktober 1953 genehmigt wurde, formulierte im Gegensatz zur martialischen Rhetorik von Dulles:

> «The detachment of any major European satellite from the Soviet bloc does not now appear feasible except by Soviet acquiescence or war.» [15]

Und weder war die Sowjetunion bereit, sich stillschweigend zu verhalten, noch waren die USA bereit, zur Befreiung eines osteuropäischen Staates einen Krieg zu führen.

Das erwies sich am deutlichsten 1956, als sich Ungarn erhob und nur mit Worten unterstützt wurde. Die so offensiv tönende «roll-back»-Strategie war hohl und nur eine rhetorische Kampfattitüde.

Auch John F. Kennedys Aussenpolitik der *«New Frontier»* war im Kern eine Fortsetzung von Kennans defensiver Strategie der Eindämmung. Nicht die Welt sollte von Grund auf neu strukturiert, sondern die Macht darin ins Gleichgewicht gebracht werden. Und das wollte Kennedy durch die Förderung der Unabhängigkeit möglichst vieler Nationen erreichen, so dass nicht ein einzelner Block mächtig genug werden könnte, um die USA zu unterwerfen.

Der Förderung der Unabhängigkeit der Nationen sollte die Unterstützung all jener Reformbewegungen dienen, die auch in der Dritten Welt nach Entkolonialisierung und Modernisierung drängten. Das «Peace Corps», die «Alliance for Progress» sollten die geeigneten Instrumente dafür abgeben, aber auch die militärische Unterstützung eines um seine Selbständigkeit ringenden jungen Staates wie der Republik Südvietnam schien in diesem Zusammenhang gerechtfertigt und nötig.

Flexible Antwort

Im Bereiche der strategischen Waffen suchte Kennedy nach mehr Optionen zwischen Nuklearkrieg einerseits und Demütigung anderseits. So wurde die Nuklearstrategie der «Massiven Vergeltung» als nicht länger glaubwürdig ersetzt durch die Strategie der «Flexiblen Erwiderung» (flexible response) und die Nuklearwaffen auf die Triade von landgestützten Raketen, Flugzeugen und Unterseeboten verteilt. Es wurde – nach den jahrelangen Kürzungen des Militärbudgets durch Eisenhower – die Zahl der konventionellen Truppen wieder erhöht, im Pentagon (unter McNamara) das «Planning-Programming-Budgeting-System» (PPBS) eingeführt und vor allem – obschon es keine «Raketen-Lücke» gab – die Zahl der Atomwaffen massiv gesteigert: sowohl der begrenzte Einsatz taktischer Nuklearwaffen wie auch die Fähigkeit, auf einen Überraschungsangriff noch vernichtend reagieren zu können, sollte gewährleistet sein. Die erfolgreich bestandene Kuba-Krise von 1962 – wobei es weniger um die Raketen selbst als um die Verhütung einer Demütigung der USA ging – schien den Beweis für die Zweckmässigkeit der «flexible response» und der damit einhergehenden Rüstungsmassnahmen geliefert zu haben: die atomare Drohung hatte die Abwehr einer konkreten sowjetischen Bedrohung möglich gemacht. Dass die Sowjetunion ihre eigenen Schlüsse aus der Kuba-Krise zog und ein massives langfristiges Atomrüstungsprogramm in Gang setzte (dessen Auswirkungen für den heutigen sowjetischen Rüstungsstand massgeblich ins Gewicht fallen), war damals noch nicht sichtbar.

Im Gegenteil: nach überstandener Krise war Kennedy willens, die Eisenhowersche Gipfeldiplomatie wieder aufzunehmen, um die Kriegsgefahr

zwischen den beiden Supermächten durch eine Politik der Entspannung auf diplomatischem Wege abzubauen.

In einer Rede vom 19. Oktober 1963 übernahm er dafür den von General de Gaulle geprägten Begriff *«Détente»*, der dann zu einem Markenzeichen der Aussenpolitik von Nixon und Kissinger werden sollte. [16]

Détente und Vietnamkrieg

Das Teststoppabkommen vom 5. August 1963 war das sichtbarste Resultat dieser Periode der Entspannung, die aber mit der Ablösung Kennedys durch Johnson (November 1963) und derjenigen Chruschtschows durch Breschnew (Oktober 1964) bald wieder einer abwartenden Haltung Platz machte. Zudem verlegte das wachsende amerikanische Engagement in Vietnam die «Hauptfront» des Kalten Krieges nach Asien. Hier sollte sich die Strategie der «flexible response» einmal mehr bewähren, um eine kommunistische Expansion einzudämmen.

Als der Krieg in Vietnam aber immer mehr Mittel und Opfer forderte, fand sich Lyndon *Johnson* im Dilemma zwischen seinen idealistischen innenpolitischen Plänen von der «Grossen Gesellschaft» und der aussenpolitischen Verpflichtung, Amerikas Ansehen und Süd-Vietnams Freiheit zu erhalten: «. . . hätte ich zugelassen, dass die Kommunisten Süd-Vietnam in Besitz nahmen, dann wäre ich als Feigling und meine Nation als ‚appeaser' erschienen, und wir hätten auf der ganzen Welt für niemanden mehr etwas tun können.» [17]

Das war wohl kaum aggressive oder imperialistische Aussenpolitik. Vielmehr war es der kostspielige Versuch, gemäss der Eindämmungs-Strategie zu handeln, wie sie 1950 vom Nationalen Sicherheitsrat (in NSC-68) formuliert worden war.

Aber unter den pausenlosen Vorwürfen von Feinden und Freunden, Amerika treibe eine imperialistische und letztlich unmoralische Politik, geriet das amerikanische Selbstverständnis und damit der amerikanische Eindämmungswille in Schwierigkeiten. Dazu kamen die massiven eigenen Verluste: trotz der traditionellen Bevorzugung einer hochtechnisierten Kriegführung – um das Leben der eigenen Soldaten möglichst zu schonen – stieg die Zahl der Opfer auch auf amerikanischer Seite ständig, ohne dass die eine oder andere Seite eine klare Überlegenheit zu gewinnen schien.

Curtis LeMay, ehemaliger Luftwaffengeneral, schlug vor, Nord-Vietnam «in die Steinzeit zurück» zu bombardieren, um zu siegen. [18] Aber da die Sowjetunion mittlerweile annähernd nukleare Parität mit den USA erreicht hatte, kam eine derart aggressive Taktik noch viel weniger in Frage als

während des Koreakrieges. Sie kam auch aus moralischen Gründen nicht in Frage in einem Krieg, an dessen Berechtigung und Sinn so heftige Kritik geübt wurde, dass die amerikanischen Truppen abgebaut und schliesslich ganz zurückgezogen werden mussten.

Drei Einsichten ergaben sich aus dem Vietnam-Krieg:

1. Amerika war physisch nicht in der Lage, mit konventionellen Mitteln die extensiv verstandene Strategie der Eindämmung durchzuhalten;
2. Amerika war auch psychologisch dazu nicht in der Lage, bzw. die amerikanische Bevölkerung war in der realen Probe nicht willens dazu, wenn das Gefühl der moralischen Berechtigung fehlte;
3. die Strategie der *flexible response* konnte in diesem auf konventionelle Mittel beschränkten Krieg keine konventionellen Angriffe abschrecken.

Mit dem erneuten Wechsel zu einer republikanischen Administration war bei den Präsidentschaftswahlen 1968 klar der Auftrag verbunden, den Vietnamkrieg zu beenden. Die Rolle Amerikas in der Welt musste neu definiert werden. Die Überdehnung amerikanischer Eindämmungsversprechungen und -ansprüche hatte zu einer traumatischen Frustration geführt.

Aber welcher Strategie, welcher aussenpolitischen Konzeption sollte das neue Führungsteam Nixon/Kissinger nun folgen?

Abbau der Rüstung

Die Haltung des Kongresses war klar: die Militärkredite wurden drastisch gekürzt und sanken (in % des Bruttosozialproduktes) von 1968 9,3 % auf 1974 5,5 % (real von 1968 80,5 Mia $ auf 1974 77,8 Mia $ bei gleichzeitiger Steigerung der gesamten Staatsausgaben von 1968 178,8 Mia $ auf 1974 269,6 Mia $). [19] Das Resultat war die grösste Schrumpfung der militärischen Schlagkraft der USA relativ zur Sowjetunion seit dem Ende des 2. Weltkrieges. [20]

Immerhin: Nixon und Kissinger hielten die Abschreckungswirkung der strategischen Waffen immer noch für «genügend» und den Zeitpunkt für günstig, durch Verhandlungen und eine sorgfältig orchestrierte Entspannungspolitik nicht nur die Gefahr eines ungewollten Nuklearkrieges zu reduzieren, sondern auch durch Schaffung eines multipolaren Mächtegleichgewichtes zu grösserer Stabilität der Welt beizutragen.

Die amerikanische Annäherung an China schien – besonders nach den sowjetisch-chinesischen Kämpfen am Ussuri (1969) – einen wichtigen Fortschritt vom empfindlichen bipolaren zu einem stabileren multipolaren Mächtegleichgewicht zu bringen.

Neues Gleichgewicht-Denken

Die fünf Regionen Amerika, Sowjetunion, Westeuropa, Japan und China waren nach Kissingers und Nixons Auffassung entscheidend für die Welt: sie sollten sich gegenseitig im Gleichgewicht halten. Die Politik der Détente sollte schliesslich darauf hinauslaufen, die fünf entscheidenden Mächte, vor allem aber die Sowjetunion, durch eine Strategie der «Verhaltensmodifikation» zu gegenseitiger Zurückhaltung, Koexistenz und sogar Zusammenarbeit zu bringen. Dem gleichen Zweck sollte auch die Politik der Verknüpfung (linkage) verschiedener Sachkomplexe bei Verhandlungen dienen. [21]

Das war in gewisser Weise eine Wiederbelebung der alten amerikanischen Hoffnungen auf eine friedliche Weltordnung, allerdings um alle ideologischen und fast alle normativen Ansprüche gekürzt und auf den einfachsten gemeinsamen Nenner: – sich gegenseitig leben zu lassen und allenfalls zusammenzuarbeiten – gebracht.

Wie weit war die Gegenseite bereit, sich auf solche Vorstellungen einzulassen? Breschnew meinte 1972: «Die KPdSU hatte immer die Auffassung und hat sie auch jetzt, dass der Klassenkampf zwischen den zwei Systemen – dem kapitalistischen und dem sozialistischen – im wirtschaftlichen, politischen und natürlich auch ideologischen Bereich andauern wird. Das ist zu erwarten, da die Weltanschauungen und die Klassenziele des Sozialismus und des Kapitalismus gegensätzlich und unversöhnlich sind. Aber wir werden uns bemühen, diesen historisch unausweichlichen Kampf auf einen Weg zu verschieben, der abseits der Gefahren des Krieges, gefährlicher Konflikte und eines unkontrollierten Rüstungswettlaufs verläuft.» [22]. Von allgemeiner Absage an die Situation des Kampfes an sich war hier keine Rede. Auf der anderen Seite können als besonders deutliche Zeichen mangelnden amerikanischen Offensivgeistes, ja einer klaren Zurücknahme des amerikanischen Interessenperimeters die Nixon-Doktrin (1969), die War-Powers-Act (1973) und die Streichung von Hilfskrediten nach Angola (1975) gelten.

Doktrin oder Führungsschwäche?

Die Nixon-Doktrin war die Schlussfolgerung aus dem Vietnamkrieg. Sie machte klar, dass Amerika – trotz Bekräftigung existierender Bündnispflichten – nicht mehr gewillt und in der Lage sei, ohne weiteres amerikanische Soldaten zur Verteidigung von Drittländern einzusetzen.

Durch die War-Powers-Act hinderte der Kongress den Präsidenten daran, nach dem Friedensschluss in Vietnam und dem Abzug der amerikanischen Truppen für die Einhaltung des 1973 abgeschlossenen Waffenstillstandes zu sorgen, so dass schon 1975 Süd-Vietnam überrannt werden

konnte, ohne dass der amerikanische Präsident darauf im leisesten zu reagieren vermochte.

Die Streichung der Angola-Gelder zeigte den klaren Willen des Kongresses, sich in Gebieten, die für die amerikanische Sicherheit als peripher betrachtet wurden, in keine Eindämmungs-Aktionen mehr einzulassen.

Auch SALT I – so deutete Kissinger 1976 an – sei nur eine Notmassnahme gewesen, um den Übergang von der nuklearen Überlegenheit zur Parität möglichst sicher und schmerzlos zu gestalten! [23]

Von offensiver Strategie oder aggressiver Aussenpolitik kann also unter den republikanischen Administrationen Nixon und Ford nicht gesprochen werden, eher von Ambiguität, von demonstrativer Verhandlungsbereitschaft und sogar von Führungsschwäche. [24]

Carters moralische Aussenpolitik

Nach dem aussenpolitischen Trauma von Vietnam und dem innenpolitischen Trauma von Watergate machte sich 1977 Jimmy *Carter* anheischig, eine *neue* Aussenpolitik zu treiben. Er wollte die seit 1946 dauernde Beherrschung der Aussenpolitik durch das Konzept der Eindämmung beenden und stattdessen eine neue Aussenpolitik der «Anständigkeit» treiben: «. . . a policy based on constant decency in its values and on optimism in our historical vision. [25]»

Er kritisierte an der Aussenpolitik Kissingers den Verlust der moralischen Prinzipien und lancierte in seiner Menschenrechtskampagne eine der moralischen Tradition Amerikas wieder gemässere aussenpolitische Linie. [26]

Doch Carter hatte sich mit zwei aussenpolitischen Beratern umgeben, die ihn in verschiedene Richtungen zu drängen suchten: Sicherheitsberater Brzezinski neigte einem härteren pragmatischen Kurs zu, ohne aber in seinen taktischen Manövern eine zusammenhängende Strategie erkennen zu lassen, während Aussenminister Cyrus Vance die verschiedenen Sachbereiche jeweils gesondert behandeln und ohne das Kissingersche «linkage» operieren wollte.

Trotz seinen anfänglichen Absetzbewegungen von Kissingers Aussenpolitik setzte Carter die «Détente» in der Substanz fort, handelte SALT II aus und vermittelte den ägyptisch-israelischen Frieden: auch hier ist von aggressiver Strategie nichts zu sehen.

Nach Afghanistan

1979 kam das Ende der Détente. Der NATO-Doppelbeschluss einerseits, die russische Invasion in Afghanistan anderseits gaben den beiden Supermächten Anlass, aus dem Entspannungsprozess auszusteigen .

Carter zog den zur Ratifikation vor dem Senat liegenden SALT II-Vertrag zurück :Russland hatte durch sein Verhalten alle Entspannungsbemühungen desavouiert. Ähnliches behauptete in umgekehrter Richtung die Sowjetunion mit Blick auf die von der NATO beschlossene Modernisierung der in Europa stationierten Mittelstreckenraketen.

Als Antwort auf die sowjetische Besetzung Afghanistans verkündete Carter im Januar 1980 die *Carter-Doktrin:* er erklärte darin den Persischen Golf zur amerikanischen Interessensphäre und bekundete seine Entschlossenheit, einer Veränderung des Mächtegleichgewichtes in dieser Zone notfalls auch mit militärischen Mitteln entgegentreten zu wollen. Der Plan zu einer «Rapid Deployment Force» (RDF), einer «Schnellen Eingreiftruppe», wurde entworfen –, an sich schon ein Hinweis darauf, dass die USA bis anhin für ein offensives Eingreifen auch materiell gar nicht disponiert waren.

Carters Aussenpolitik und Strategie gingen nicht über das Konzept der Eindämmung hinaus, mit Ausnahme der wenigstens ideologisch darüber hinausgreifenden Menschenrechtskampagne. Die Praxis einer an den Menschenrechten orientierten Aussenpolitik führte aber bald in solche Schwierigkeiten – z. B. im Iran oder in Lateinamerika –, dass die aussenpolitische Sprache beträchtlich abgemildert werden musste.

Im Bereich der Sicherheitspolitik vermochte die Administration Carter keine klaren Ziele zu formulieren: sie schien nur gebannt auf das rasch wachsende Nuklearpotential der Sowjetunion zu blicken und sich zu fragen: was benötigen wir, um der Sowjetunion gewachsen zu sein bzw. was müssen wir vorkehren, um der Sowjetunion die Verwirklichung ihrer expansiven Ziele zu verwehren? Einseitige amerikanische Vorleistungen – wie der Verzicht von 1977 auf den Überschallbomber B-1 und die Minuteman-III-Raketen, und derjenige von 1978 auf die Montage der Neutronenbombe – schienen die Sowjetunion nicht zu einer Mässigung in ihren Rüstungsanstrengungen motivieren zu können.

Die mangelnde Fähigkeit der Administration Carter, klare aussenpolitische Prioritäten zu setzen und eine kohärente Strategie zu verfolgen, trug im Wahlkampf von 1980 nicht wenig dazu bei, dass die Wähler die Passivität des Präsidenten während der sowjetischen Luftbrücke nach Äthiopien, während der sowjetischen Invasion in Afghanistan und anlässlich der Inhaftierung der amerikanischen Geiseln in Teheran missbilligten und an seiner Stelle den patriotischer und forscher auftretenden Ronald Reagan zum neuen Präsidenten wählten.

In Reaktion auf die Demütigung Amerikas durch den iranischen Ayatollah erhob sich – erstmals wieder nach der beschämenden Rückkehr aus Vietnam – amerikanischer Selbstbehauptungswille; und diesen Willen schien

Reagan in stärkerem Masse zu verkörpern als Jimmy Carter. Die starken Worte Reagans während der Wahlkampagne waren gefolgt von umfangreichen Rüstungsprogrammen und auch von Kritik an die Adresse jener Europäer, die bis 1979 – aus Angst vor «Abkoppelung» – den NATO-Doppelbeschluss gewünscht hatten, ihn aber jetzt – unter dem Druck der Friedensbewegungen – lieber zurückgenommen hätten.

Unmissverständliche Äusserungen über den Rückstand in der eigenen materiellen Verteidigungsbereitschaft und über den Willen, diesen aufzuholen, gaben den Exponenten der Administration Reagan das Image, aggressiv zu sein. Die vielzitierte Äusserung Reagans über die Möglichkeit eines begrenzten Nuklearkrieges mit der UdSSR (16. Oktober 1981) und diejenige Aussenminister Haigs über einen «atomaren Warnschuss» (4. November 1981) verstärkten diesen Eindruck. Auf der anderen Seite lösten Reagans konkrete Abrüstungsvorschläge – Vorschlag zur «Null-Lösung» (vom 18. November 1981), Vorschlag zur Reduktion der Interkontinentalraketenbestände um $^1/_3$ (vom 9. Mai 1982) – bisher kein besonders positives Echo aus.

Reagans Pläne zur *Reduktion* der strategischen Rüstungen (START statt SALT, d. h. *ST*rategic *A*rms *R*eduction *T*alks, statt nur *S*trategic *A*rms *L*imitation *T*alks), insbesondere sein Vorschlag vom 9. Mai 1982, sind auch als Reaktionen auf die Postulate der europäischen Friedensbewegungen und des amerikanischen «Freezemovement» zu verstehen. Zusammen mit seinen verschiedenen Signalen zur Gesprächsbereitschaft mit Breschnew zeigen sie, dass von einer intransigent aggressiven Aussenpolitik und Strategie der USA nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: die Grundsatz-Äusserungen von Präsident Reagan, Aussenminister Haig und Verteidigungsminister Weinberger zu den aussenpolitischen und strategischen Zielen der USA ergeben zusammengenommen «im Westen nichts Neues», kein offensives oder aggressives Konzept, sondern eine Bestätigung der seit 1946 herrschenden, im wesentlichen defensiven Einstellung der «Containment-Doktrin», nach wie vor ergänzt durch die bereits zwanzigjährige NATO-Strategie der «flexible response».

Rhetorik und Wirklichkeit

Mit der Preisgabe der idealistischen «one world»-Perspektive, die bis 1946 die amerikanische Aussenpolitik inspirierte, war auch der ungebrochene Anspruch dessen vorbei, was William Appleman Williams den «Imperialismus des Idealismus» genannt hat.[27] Zwar neigte und neigt die amerikanische politische Rhetorik immer noch und immer wieder dazu, flammende Parolen zu lancieren, von Wilson über Roosevelt und Truman bis

zu Kennedy, Carter und Reagan. Aber die realen Handlungsweisen der amerikanischen Aussenpolitik stachen und stechen deutlich ab von jenen Äusserungen, die von politischen Rednern gelegentlich sehr leichtfertig vor der lokalen Presse gemacht werden, ohne daran zu denken, dass die Welt mithört und dass verbale Kraftakte zwar emotionale Befriedigung für den Augenblick verschaffen können, dem politischen Image aber oft mehr schaden als Taten.

Ähnliches gilt für den lauten öffentlichen Disput der verschiedenen Dienstzweige der Streitkräfte um Budgetanteile und glamouröse neue Waffensysteme. In diesem Bereich ist bedenklich, dass in den Debatten vor dem Kongress und seinen Aussschüssen fast nur die Waffensysteme, die durch ihr Zerstörungspotential an sich schon aggressiv wirken, im Vordergrund stehen, hingegen das konzeptionelle Denken, die Erörterung der politischen und strategischen Ziele, zu kurz kommt. Zu Recht mehren sich deshalb die Stimmen, die das Missverhältnis kritisieren zwischen der grossen Aufmerksamkeit für die «hardware» und der geringen Aufmerksamkeit für die konzeptionelle «software».[28] Auch im Bereich der militärischen Bereitschaft gilt – wie in der Aussenpolitik – dass unnötig pathetische Worte ebenso negativ wirken können wie ungenügend überlegte Taten.

Ein Gegengewicht zu verbalen Übertreibungen bilden indessen die zahlreichen «Verzichte» der USA auf mögliche Taten, besonders in dem seinerzeit durch die Monroe-Doktrin umschriebenen «eigenen Interessenbereich»: so verzichteten die USA darauf, Somoza zu retten, in El Salvador einzugreifen, oder, nach dem Abzug der Russen 1962, Kuba zu besetzen, was Chruschtschow bereits befürchtet hatte.[29] Im weiteren ist auch daran zu denken, dass die USA von 1945–1949 die alleinigen Besitzer der Atombombe waren, ohne diese Monopolstellung auszunützen. Erst 1949 erfolgte die erste russische Atomexplosion und begann die atomare Aufrüstung der Sowjetunion: noch bis 1972 behielten die USA eine klare nukleare Überlegenheit, ohne sie zu aggressiven oder expansiven Zwecken zu gebrauchen.

Amerikas Aggressivität oder «Arroganz der Macht» entpuppt sich in historischer Perspektive viel eher als Produkt rhetorischer Fehlleistungen oder pentagon-interner Rivalitäten denn als Substanz realer, langfristig geplanter aussenpolitischer Handlungen oder kontinuierlich verfolgter strategischer Zielsetzungen. Nach wie vor scheint Amerika ein problematisches Verhältnis zur Macht zu haben, noch immer in gewisser Weise «Weltmacht wider Willen» zu sein. Eine aggressive Aussenpolitik und Strategie müsste offensiv verfahren und sich nicht nur mit der Verteidigung bisheriger Positionen befassen. Das aber wird durch Amerikas inneren Zwiespalt verhindert. Noch immer fällt es Amerika schwer, in seiner Aus-

senpolitik den Widerspruch zwischen den moralischen Leitwerten seiner Friedensideologie und den Erfordernissen der gegebenen geopolitischen Machtwirklichkeit zu bewältigen.

[1] Übersetzt nach der französischen Ausgabe «Qui menace la Paix?», Moskau 1982, S. 58. – [2] U.S. Bureau of the Census, Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1970, Washington 1975, part 2, S. 1141. – [3] Kurt R. Spillmann, Amerikas Ideologie des Friedens: Eine kollektive Phantasie? in: Jan Krulis-Randa, Robert Schneebeli und Hansjörg Siegenthaler (Hg.), Geschichte in der Gegenwart, Festgabe für Max Silberschmidt, Zürich 1981, S. 37–53. – [4] John W. Spanier, American Foreign Policy Since World War II, 8th ed., New York 1980, S. 10. – [5] Urs Schwarz, Strategie, Gestern-Heute-Morgen; Die Entwicklung des politisch-militärischen Denkens in Amerika, Düsseldorf 1965, S. 93. – [6] John W. Spanier a.a.O. S. 65–69. – [7] Ernst Fraenkel, USA – Weltmacht wider Willen, Schriftenreihe der deutschen Hochschule für Politik Berlin, Berlin 1957. – [8] Zusammenstellung bei John Lewis Gaddis, Strategies of Containment, A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy, New York/Oxford 1982, S. 359. – [9] Keith A. Dunn, Entspannung und Abschreckung: Ihre Wechselbeziehungen und historische Entwicklung, in: Abschreckung und Entspannung in Europa, Die Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit, hg. vom Institut für Strategische Studien des U.S. Army War College; Reihe «Bernhard und Graefe aktuell» Bd. 22, München 1981, S. 94. – [10] Dean Acheson, Present at the Creation, My Years in the State Department, London 1969, S. 219. – [11] Text des «Langen Telegramms» in: Foreign Relations of the United States, 1946, Bd. 6, S. 696–709; Äusserung von Charles E. Bohlen in: Foreign Relations of the United States, 1947, Bd. 1, S. 763. – [12] Text in: Foreign Relations of the United States, 1950, Bd. 1, S. 237–292. – [13] Nach John Lewis Gaddis, a.a.O. S. 125. – [14] Nach John Lewis Gaddis, a.a.O. S. 145–161. – [15] Ebenda S. 155. – [16] Public Papers of the Presidents, John F. Kennedy, 1963, Washington 1964, S. 795. – [17] Doris Kearns, Lyndon Johnson and the American Dream, New York 1976, S. 252. – [18] Nach Arthur M. Schlesinger, Das bittere Erbe, Vietnam – Prüfstein der Demokratie, Bern / München / Wien 1967, S. 48. – [19] Vgl. Anm. 8. – [20] John Lewis Gaddis, a.a.O. S. 320. – [21] Henry Kissinger, White House Years, Boston / Toronto 1979, S. 125–130; TIME, 3. Januar 1973, S. 15. – [22] Nach John Lewis Gaddis, a.a.O. S. 312/313. – [23] Henry Kissinger, American Foreign Policy, 3rd ed., New York 1977, S. 354. – [24] Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917, 6., durchgesehene und stark erweiterte Auflage, München 1978, S. 449. – [25] Public Papers of the Presidents, Jimmy Carter, 1977, Washington 1978, S. 957. – [26] Kurt R. Spillmann, «Die Stadt auf dem Berge»: Carters Menschenrechtspolitik und die amerikanische Tradition, in: Schweizer Monatshefte, 58. Jahr, Heft 3, März 1978, S. 179–192. – [27] William Appleman Williams, The Tragedy of American Diplomacy, New York 1962, S. 52. – [28] Edward N. Luttwak, Why We Need More «Waste, Fraud and Mismanagement» in the Pentagon, in: Commentary, Februar 1982, S. 17–30. – [29] Khrushchev Remembers, ed. Edward Crankshaw, Boston/Toronto 1970, S. 499.